

Stand: 14.02.2026 08:20:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7194

"CO2-Abgabe auf Müllverbrennung abschaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7194 vom 24.06.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7634 des UV vom 03.07.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 08.10.2025
4. Beschluss des Plenums 19/9017 vom 25.11.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 25.11.2025



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

CO₂-Abgabe auf Müllverbrennung abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die CO₂-Abgabe auf die Müllverbrennung ersetztlos abgeschafft wird.

Begründung:

Seit dem 1. Januar 2024 gilt die nationale CO₂-Abgabe auch für die thermische Abfallverwertung gemäß der Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG), genehmigt im Juni 2022 im Bundesrat mit Zustimmung von CSU und FREIE WÄHLER. Diese weitere Belastung hat sich in der Praxis, wie erwartet, als ökologisch ineffizient, sozial ungerecht und wirtschaftlich schädlich erwiesen.

Erhebliche Zusatzbelastung für Haushalte und Gewerbe:

Die Einführung der CO₂-Abgabe auf die Müllverbrennung hat, wie prognostiziert, zu erheblich steigenden Abfallgebühren geführt. In zahlreichen bayerischen Kommunen wurden die Müllgebühren deutlich angehoben. Im Landkreis Kronach etwa stiegen sie zum 1. Juni 2024 um 45 Prozent. Die Bundesregierung selbst hatte eine jährliche Mehrbelastung von über 900 Mio. Euro prognostiziert (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2022). Laut einer Erhebung des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) betragen die zusätzlichen Kosten für Haushalte im Durchschnitt rund 22 Euro jährlich – Tendenz steigend.

Die durch die CO₂-Abgabe verursachten Preisaufschläge in der Abfallentsorgung wirken sich inflationsverstärkend aus und treffen insbesondere einkommensschwächere Haushalte. Die Preissteigerungen resultieren direkt aus dem derzeit geltenden CO₂-Preis von 55 Euro/tCO₂ (ab 2025) und drohen mit dem ETS-II-System ab 2027 sogar auf bis zu 235 Euro/tCO₂ zu steigen, was zu zusätzlichen Entsorgungskosten von bis zu 67 Euro pro Tonne Müll führt – ein Anstieg von über 47 Prozent.

Keine ökologische Lenkungswirkung:

Die Abgabe entfaltet keine wirksame ökologische Steuerungswirkung. Abfallgebühren werden häufig pauschal über die Wohnfläche auf Mieter umgelegt – unabhängig vom tatsächlichen Abfallaufkommen. Eine Müllvermeidung wird dadurch nicht incentiviert. Zugleich müssen viele Siedlungsabfälle aus Gründen der Entsorgungssicherheit zwingend thermisch verwertet werden – Alternativen fehlen laut Pressemitteilungen des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft.

Doppelte Belastung der Bürger:

Durch die parallele Finanzierung der EU-Kunststoffabgabe über den Bundeshaushalt und die CO₂-Bepreisung der Kunststoffverbrennung im Rahmen der Müllentsorgung kommt es zu einer faktischen Doppelbelastung der Bürger: Sie zahlen sowohl über ihre Steuern als auch über steigende Abfallgebühren für dieselben Emissionen.

Gefahr von Deponierung und Abfallexporten:

Die wirtschaftliche Belastung führt zu Fehlanreizen: Immer mehr Abfälle werden wieder vermehrt deponiert oder ins Ausland exportiert – mit negativen Umweltfolgen. Die Verlagerung der Emissionen in Länder mit schlechteren Umweltstandards widerspricht dem Ziel der nationalen Umweltschutzpolitik.

Ungerechte Verteilungswirkung:

Die Abgabe wirkt regressiv. Geringverdiener geben anteilig mehr ihres Einkommens für Abfallgebühren aus. Nach Schätzungen des VKU verursachen Mieterhaushalte im Schnitt 30 Prozent mehr Restmüll als Eigentümerhaushalte, werden aber über Pauschalen zusätzlich belastet. Die Emissionsfaktoren im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) differenzieren nicht nach Abfallzusammensetzung, wodurch Haushalte für gewerbliche Kunststoffabfälle mitbezahlt.

Rechtliche Unsicherheiten:

Mehrere bayerische Entsorgungsunternehmen haben juristische Schritte gegen die CO₂-Abgabe eingeleitet. Der Zweckverband Müllverwertung Schwandorf und andere Betreiber klagten vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen die Einbeziehung der Müllverbrennung in das BEHG und fordern stattdessen eine verursachergerechte Belastung der Hersteller von Kunststoffverpackungen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und
Fraktion (AfD)
Drs. 19/7194**

CO2-Abgabe auf Müllverbrennung abschaffen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**
Mitberichterstatter: **Leo Dietz**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 3. Juli 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Alexander Flierl
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtruhe schützen:
Lärmkontingent am Flughafen München reduzieren!
Drs. 19/5036, 19/7984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

2. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Florian von Brunn u.a. SPD
Damit in Bayern Hopfen (und Malz) nicht verloren ist:
Strategie für bayerische Hopfenbauern aufzeigen
Drs. 19/6334, 19/8201 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. FREIE WÄHLER
Fachgespräch zum Thema Potenzial von Biomasse
Drs. 19/6510, 19/8001 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Streuobstprogramm entbürokratisieren!
Drs. 19/6515, 19/8002 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Jährliche Pflichtinspektion für ältere Autos verhindern – Keine Belastung von Autofahrern mit zusätzlicher Bürokratie und höheren Kosten
Drs. 19/6519, 19/7985 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Alleinerziehende unterstützen!
Drs. 19/6586, 19/7997 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Psychische Belastung und Burn-out-Risiko von Sozialarbeitern im bayerischen Justizvollzug
Drs. 19/6729, 19/7968 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Erfassung der Anzahl der körperlichen Verletzungen und Gesundheitsrisiken von Angestellten in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
Drs. 19/6730, 19/7969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Dekarbonisierung der Landwirtschaft in Bayern konsequent vorantreiben – Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftssicherung verbinden
Drs. 19/6759, 19/8004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Weitere Tierschutzskandale in Bayern verhindern: Veterinärämter stärken, überforderte Tierhaltende besser unterstützen
Drs. 19/6809, 19/7629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblauch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tiergesundheitsdatenbank als Vorwarnsystem für Tiermisshandlung
Drs. 19/6811, 19/7630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Öffentlicher Dienst – Nachwuchsinitiative Bayern 2040
Drs. 19/6812, 19/7970 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Inanspruchnahme der Forschungszulage durch bayerische Unternehmen
Drs. 19/6813, 19/8047 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Reform des juristischen Referendariats jetzt – Mehr als 90 Prozent leiden unter psychischem Druck, Schluss damit!
Drs. 19/6818, 19/7971 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Junge Stimmen, starke Demokratie: Erste Bilanz der bayerischen Fach- und Servicestelle für Kinder und Jugendbeteiligung
Drs. 19/6819, 19/7998 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Ramona Storm, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Psychische Belastung und Burnout-Risiko von Schulpersonal an staatlichen Schulen in Bayern
Drs. 19/6861, 19/7973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Erfassung der Anzahl körperlicher Verletzungen und Gesundheitsrisiken von Schulpersonal in den staatlichen Schulen in Bayern
Drs. 19/6866, 19/7974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Einfaches Backpulver weiterhin im Weinanbau zulassen!
Drs. 19/6913, 19/8202 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Tourismus und Umwelt in Einklang bringen:
Besucheranstürme an Wochenenden mit attraktiven Angeboten unter der Woche entgegenwirken – Sportzentrum Mitterdorf an Wochentagen im Sommerhalbjahr besser auslasten
Drs. 19/6914, 19/8006 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Belegungsbindung von geförderten Sozialwohnungen verlängern
Drs. 19/6934, 19/7986 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Fahrgastbeirat für die Bayerische Eisenbahngesellschaft endlich einführen
Drs. 19/6935, 19/7987 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zwischenstand zum Förderprogramm Kommunaler Klimaschutz
Drs. 19/6936, 19/7631 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gesundes Essen für Bayerns Kinder: Ausbau des Coachings Kita- und Schulverpflegung
Drs. 19/6937, 19/8007 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entlastungsteam für den Bauernhof: Wenn Mensch, Kuh und Ziege Hilfe brauchen
Drs. 19/6940, 19/8009 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Errichtung von bezirksübergreifenden Pools von Amtstierärzten und amtlich bestellten Tierärzten für die Gewährleistung von Kontrollen und Untersuchungen
Drs. 19/6941, 19/7632 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Maßnahmen zur Reduzierung des Vogelschlags an Glasfassaden und Fenstern
Drs. 19/6942, 19/7633 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Paare bei Kinderwunsch unterstützen!
Drs. 19/6944, 19/7999 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterstützung statt Überforderung –
Familien von behinderten Kindern in den Fokus nehmen
Drs. 19/6946, 19/8000 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hitze-Notfallzentrum für Bayern –
Koordination „Kühler Räume“ und Hitzetelefon
Drs. 19/6983, 19/8034 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
HIV/AIDS-Bekämpfung nach dem US-Rückzug:
Bayerns Beitrag zur europäischen Antwort
Drs. 19/6988, 19/8031 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

31. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Für eine aussagekräftige und lösungsorientierte Darstellung der Arbeitsbelastung: Weiterentwicklung der Berichterstattung über Überstunden im öffentlichen Dienst in Bayern!
Drs. 19/6989, 19/7975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

32. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Striedl, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Vereinfachung und Digitalisierung der Baugenehmigungsverfahren zur Stärkung von Wohnungsbau, Handwerk und regionaler Entwicklung
Drs. 19/7021, 19/7988 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

33. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Vorrangige Förderung des Wohnraums für deutsche Familien durch gezielte Maßnahmen der Wohnungs- und Grundstückspolitik
Drs. 19/7029, 19/7989 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Familienfreundliche Sitzplatzreservierung bei der Deutschen Bahn erhalten – Aufhebung der Familienreservierung rückgängig machen
Drs. 19/7131, 19/7990 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Einheitliche Regelungen zur Eignungsfeststellung und Qualifizierung in der Kindertagespflege im Freistaat Bayern
Drs. 19/7132, 19/8045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

36. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Betreutes Schulfrühstück ausweiten – gleiche Bildungschancen auch für Kinder aus finanziell und sozial schwächeren Haushalten
Drs. 19/7134, 19/8020 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Kindertagespflege im BayKiBiG stärken!
Drs. 19/7142, 19/8021 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

38. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Fachgespräch zur Verwendung erneuerbarer Antriebsenergien in landwirtschaftlichen Maschinen
Drs. 19/7144, 19/8203 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

39. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag „Vergewaltigungen von Jugendlichen“
Drs. 19/7156, 19/8022 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Adipositas gezielt bekämpfen – endlich die entscheidende Maßnahme wagen!
Drs. 19/7160, 19/8010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

41. Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Familienfreundliche Preispolitik bei der Deutschen Bahn
Drs. 19/7180, 19/7991 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Christian Lindinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU
Für eine erneuerte Form der Berichterstattung als Kontrollmechanismus für die Entwicklung von Überstunden im öffentlichen Dienst
Drs. 19/7184, 19/7976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

43. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Verbindliche 50-Prozent-Quote für Bio-Lebensmittel in staatlichen Kantinen einführen
Drs. 19/7186, 19/8012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

44. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Kommunale Kliniken stärken statt abbauen – Für eine starke Krankenhauslandschaft in Bayern
Drs. 19/7187, 19/8035 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

45. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Aufarbeitung von Medikamentenmissbrauch in der Pflege – Lehren aus den Oberpfalz-Fällen
Drs. 19/7188, 19/8036 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

46. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Notfallzulassungen ausweiten – Ernten schützen!
Drs. 19/7190, 19/8013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

47. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
CO₂-Abgabe auf Müllverbrennung abschaffen
Drs. 19/7194, 19/7634 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

48. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Aufforstung statt CO₂-Abzocke!
Drs. 19/7196, 19/7635 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

49. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Eschentreibsterben in Bayern
Drs. 19/7198, 19/7636 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufbrauchsfrist für Natriumhydrogencarbonat (Backpulver)
im fränkischen Weinbau bis Ende 2026
Drs. 19/7200, 19/8204 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Modernisierungsgesetz in die Musterbauordnung übernehmen – Entbürokratisierung ernst nehmen
Drs. 19/7201, 19/7992 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ohne				

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Chancengerechtigkeit durch gezielte Förderung – Lehren aus gemeinsam.Brücken.bauen
Drs. 19/7202, 19/8023 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

53. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Strahlkraft und Stärkung des Standortes Bayern durch Kulturbau-Offensive im Kulturstaat: Initiative des Bundes nutzen!
Drs. 19/7203, 19/8206 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

54. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Zeit verlieren:
Natur wiederherstellen, Klima schützen, Zukunft sichern
Drs. 19/7204, 19/7637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

55. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Staatsstraßenbauplan
Drs. 19/7206, 19/7993 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fußverkehrsbeauftragte für Bayern
Drs. 19/7211, 19/7994 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

57. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Freiheit statt Zensur: Auflösung der sogenannten Bayern-Allianz
Drs. 19/7216, 19/8003 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

58. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Heimische Brauereien stärken, Umweltschutz schützen:
Erhöhung der Pfandwerte für Glasflaschen und Getränkekisten
Drs. 19/7238, 19/7638 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

59. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Aufklärung über juristische Kampagnen
staatlich finanzierter NGOs gegen bayerische Landwirte
Drs. 19/7239, 19/7639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

60. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bäume für Bayerns Kinder und Jugendliche:
mehr Grün für Kita-Gärten und Schulhöfe
Drs. 19/7240, 19/7640 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

61. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU
Resilienz der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sicherstellen: Bericht über die Störung des BOS-Digitalfunknetzes vom 06.05.2025
Drs. 19/7241, 19/8189 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

62. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ein Europa mit starken Bürgerrechten und fairen Wettbewerb – kein Einknicken vor der Big-Tech-Oligarchie!
Drs. 19/7282, 19/8005 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

63. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Korruptionsfall in Münchens Ausländerbehörde:
Aufklärung und Generalrevision der Asylzahlen durchführen!
Drs. 19/7291, 19/8044 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

64. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonnenschutz und Kühlung – Hitzeschutzmaßnahmen in sozialen und öffentlichen Einrichtungen jetzt!
Drs. 19/7292, 19/7641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

65. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Desinformation effektiv bekämpfen – Faktenprüfung auf Social Media Plattformen in Europa gesetzlich absichern
Drs. 19/7293, 19/8032 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

66. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU Fachgespräch „Projekt LIFE Future Forest – gesunder Waldboden als Antwort auf den Klimawandel?“ Drs. 19/7294, 19/8014 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

67. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Strukturelles Versagen und sicherheitsrelevante Mängel bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen – Organisationskultur, Vergabepraxis und Umgang mit externem Personal Drs. 19/7354, 19/7927 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

68. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Besetzung der künftigen Leitung der KZ-Gedenkstätte Dachau Drs. 19/7355, 19/8024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--

69. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BioRegio statt Projekt-Durcheinander:
Fördermittel dorthin vergeben wo echte Transformation passiert
Drs. 19/7356, 19/8016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

70. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Zukunftsfähig auch ohne Promille – Unterstützung kleiner Brauereien beim Einstieg in die alkoholfreie Bierproduktion
Drs. 19/7362, 19/8008 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

71. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU Analyse der Aufgabenverteilung Schulamt und Schulleitung
Drs. 19/7371, 19/8025 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

72. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU Zielgerichteter Einsatz von Anrechnungsstunden
Drs. 19/7373, 19/7977 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

73. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU Gewinnung und Unterstützung von Führungskräften im bayerischen Schuldienst
Drs. 19/7374, 19/8026 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

74. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Transrapid statt Trans – Prüfung und Förderung des Einsatzes von Magnetschwebebahnen in Bayern
Drs. 19/7376, 19/7995 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

75. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Schließung des Autobahnringes München durch den Bau des A99-Südrings
Drs. 19/7377, 19/7996 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

76. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) grundlegend reformieren – Entwicklungszusammenarbeit wieder an deutschen Interessen ausrichten
Drs. 19/7385, 19/8033 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

77. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
„Grün und Blau am Bau“ –
Klimawandelanpassung bei öffentlichen Bauvorhaben
Drs. 19/7398, 19/8048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

78. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sachstand zur Verkehrssicherheit von Grundschülerinnen und Grundschülern in Bayern auf dem Schulradweg
Drs. 19/7428, 19/8027 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

79. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Fachkräftesicherung aus eigener Kraft:
„Ausbildungsbonus Führerschein“ einführen!
Drs. 19/7450, 19/8011 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

80. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landwirtschaft und Tourismus Hand in Hand:
Blaulagenkrise im Altmühlsee ernst nehmen
Drs. 19/7451, 19/8017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

81. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Menschen schützen, Leben retten –
7 Punkte für einen besseren Hitzeschutz in Bayern
Drs. 19/7452, 19/8037 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

82. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Belastung der Justiz durch Strafverfolgung bei „Schwarzfahren“
Drs. 19/7457, 19/8043 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

83. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausfälle und Störungen bei den IT-Systemen der Justiz
Drs. 19/7458, 19/7615

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

84. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Andere Unterrichtsformen und Unterrichtsausfall
bei großer Hitze an allgemeinbildenden Schulen
Drs. 19/7459, 19/8028 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

85. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wasserstoffförderungen des Freistaates unabhängig überprüfen Drs. 19/7462, 19/8015 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

86. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Für alle Krisen gewappnet: Ein Zivilschutzgesetz für Bayern! Drs. 19/7467, 19/8188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

87. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Fachgespräch: Olympische Sommerspiele 2040/2044 – wie sich Bayern in der Disziplin nachhaltiger Tourismus Gold sichert Drs. 19/7473, 19/8018 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

88. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze,
Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorsorge gesetzlich verankern – Gesundheit schützen –
Städte abkühlen!
Drs. 19/7510, 19/8038 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

A

A

A

Z

Z



Beschluss
des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und
Fraktion (AfD)

Drs. 19/7194, 19/7634

CO₂-Abgabe auf Müllverbrennung abschaffen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Tobias Reiß
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gerd Mannes

Abg. Leo Dietz

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Marina Jakob

Abg. Anna Rasehorn

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe daher nun den letzten, den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

CO2-Abgabe auf Müllverbrennung abschaffen (Drs. 19/7194)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Klimapolitik ist der sichere Weg in den wirtschaftlichen Untergang. Die davon abgeleitete CO₂-Abgabe zerstört unsere Wirtschaft. Diese CO₂-Steuer ist ein reines Abzockinstrument. Mit den Einnahmen kann der Staat noch nicht einmal das Arbeitslosengeld für die notwendigen Entlassungen finanzieren. Mit jedem Euro CO₂-Steuer wird Deutschland ärmer; sie verringert auch keine Emissionen, aber sie zerstört unseren Wohlstand. Dieser Irrsinn muss gestoppt werden!

(Beifall bei der AfD)

Die CO₂-Steuer, oder besser die Luftsteuer, ist 2021 eingeführt worden. Uns wurde versprochen, dass die Einnahmen als Klimageld an die Bürger zurückgezahlt werden. Das war ein politisches Täuschungsmanöver. Die Einnahmen werden für den maroden Bundeshaushalt verwendet, das ist die Wahrheit. Derzeit fließen rund 13 Milliarden Euro in den sogenannten Klima- und Transformationsfonds. Aus diesem Fonds wird Geld an die grüne Klimalobby und deren sinnlose Projekte verteilt. Das ist eine reine Geldverschwendungen.

Ich nenne ein paar Beispiele: 2 Milliarden Euro gehen für Projekte wie das Programm Natürlicher Klimaschutz oder die Nationale Wasserstoffstrategie drauf. Es werden Projekte subventioniert, die keine Wertschöpfung generieren. Eine halbe Milliarde wurde

übrigens von Robert Habeck mit seiner Northvolt-Insolvenz verschleudert. Das ist ein Staatsversagen in Dauerschleife.

Herr Merz und Herr Söder haben aus diesem Versagen nichts gelernt. Sie setzen diese verheerende Klimapolitik fort, einfach weil sie damit jede weitere Steuererhöhung begründen können. Genau deshalb wird die sogenannte CO₂-Bepreisung oder CO₂-Steuer auf immer mehr Bereiche ausgeweitet. Zuerst haben Sie die Luftsteuer auf Diesel, Benzin, Heizöl und Gas erhoben. Heute zahlt die durchschnittliche Familie ungefähr 400 Euro mehr fürs Heizen und Tanken, Tendenz stark steigend. Die Konsequenz ist verheerend. Letztes Jahr haben ungefähr vier Millionen Menschen ihre Strom- und Gasrechnungen nicht bezahlen können. Das ist ein absolutes soziales Desaster.

Jetzt besteuern Sie auch die Müllverbrennung mit Ihrer CO₂-Steuer. Die thermische Verwertung wird also künstlich verteuert. Wir sprechen hier von fast einer Milliarde Euro zusätzlicher Steuerbelastung für die Bürger in Deutschland. Diese Kosten müssen die Kommunen weitergeben. In einzelnen Gemeinden in Bayern sind die Entsorgungsgebühren um bis zu 45 % gestiegen. In jeder Gemeinde in Bayern steigt der Preis jedes Jahr weiter. Damit werden keine Emissionen eingespart, sondern nur die Bürger abgezockt.

Die CO₂-Steuer auf Müllverbrennung hat überhaupt keine Lenkungswirkung. Wenn die Müllgebühren weiter steigen, laufen wir Gefahr, dass die Entsorgung von Abfällen in Zukunft ein regelrechter Luxus wird. Es besteht die Gefahr, dass wir dann später Abfälle in der Natur wiederfinden. Schon heute gibt es eine Müll-Mafia, die mit billiger Entsorgung auf Kosten der Umwelt Geschäfte macht. Die hohen Entsorgungsgebühren gefährden langfristig auch den Umweltschutz. Das ist also absolut unverantwortlich, was Sie hier tun.

Eine echte Kreislaufwirtschaft wäre sicherlich wünschenswert, aber jeder von uns weiß, dass diese nur zum Teil machbar ist. Wir müssen also auch in Zukunft einen

erheblichen Teil der Abfälle thermisch verwerten. Das ist schon wegen der Umwelt nötig.

Es gibt aber auch noch andere Gründe für die Abschaffung der CO₂-Abgabe bei der Müllverbrennung. Die Bürger zahlen nämlich schon heute die sogenannte Kunststoffabgabe an die EU. Das ist eine Abgabe, die auf jedes Kilo Plastikmüll erhoben wird. Im Endeffekt entsteht dadurch eine Doppelbesteuerung. Diese Doppelbesteuerung müssen wir endlich für die bayerischen und die deutschen Bürger abschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern die Staatsregierung deswegen auf, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der CO₂-Bepreisung auf Müllverbrennung einzusetzen. Schluss mit dieser staatlichen Abzocke und Schluss mit Ihrer Klimalüge! Weg damit! Entlasten Sie unsere Bürger und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Leo Dietz für die CSU-Fraktion.

Leo Dietz (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Klimaschutz ist selten bequem. Klimaschutz verlangt Entscheidungen, die Weitblick erfordern, und er verlangt Ehrlichkeit dahin gehend, dass Veränderungen auch ihren Preis haben. Gerade in solchen Debatten zeigt sich, wer bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, und wer lieber einfache Antworten präsentiert, auch wenn sie in der Realität nicht tragen.

Der heute vorliegende Antrag der AfD ist ein Beispiel dafür, wie man vermeintlich schnelle Lösungen verspricht, ohne die komplexen Zusammenhänge unserer Abfall- und Klimapolitik wirklich zu berücksichtigen. Genau deshalb müssen wir diesen Antrag sehr klar und sachlich einordnen.

Lassen Sie mich zunächst eines klarstellen: Klimaschutz hat einen Preis. Das ist richtig so. Die CO₂-Bepreisung dient der Kostenwahrheit und der Verursachergerechtigkeit. Wenn CO₂ ausgestoßen wird, entstehen ökologische und volkswirtschaftliche Kosten, die bislang die Allgemeinheit trägt. Eine marktwirtschaftliche Ordnung verlangt jedoch, dass der Verursacher Verantwortung übernimmt und nicht der Steuerzahler.

Die Müllverbrennung ist ein relevanter Emittent. Pro Tonne verbrannten Abfalls entstehen 0,7 bis 1,2 Tonnen CO₂. Das sind keine Randwerte, sondern erhebliche Emissionen. Wer fordert, diesen Sektor dauerhaft und ersatzlos von der CO₂-Abgabe zu befreien, macht nicht Umweltpolitik, sondern betreibt Rückschritt und Klientelpolitik. Die Abgabe entfaltet zudem eine wichtige Lenkungswirkung. Sie fördert Abfallvermeidung, hochwertiges Recycling und damit eine moderne Kreislaufwirtschaft. Würde die Müllverbrennung künstlich verbilligt, fiele dieser Anreiz weg. Dann wird wieder mehr verbrannt und weniger verwertet.

Das ist das Gegenteil dessen, was wir politisch erreichen wollen, und es widerspricht dem Grundprinzip einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. An dieser Stelle möchte ich noch etwas zur Klarstellung des rechtlichen Rahmens sagen: Bayern hat sich im Bundesratsverfahren zum Brennstoffemissionshandelsgesetz ausdrücklich gegen eine Einbeziehung der Siedlungsabfallverbrennung in den nationalen Emissionshandel positioniert. Wir haben frühzeitig darauf hingewiesen, dass Müllverbrennungsanlagen eine besondere Rolle einnehmen. Sie sind und bleiben in erster Linie Einrichtungen zur Entsorgung und Hygienisierung von Abfällen, die stofflich nicht verwertbar sind.

Bereits im Jahr 2022 hat Bayern mögliche Probleme einer Aufnahme der Müllverbrennungsanlagen in den Europäischen Emissionshandel in einem Schreiben an die Mitglieder des Europäischen Parlaments ausführlich erläutert. Das zeigt: Wir sind uns der Besonderheit der Abfallwirtschaft bewusst, und wir haben uns in diese Debatte verantwortungsvoll eingebracht. Aber eines ist entscheidend: Diese Position bedeutet nicht, sämtliche klimapolitischen Instrumente für diese Anlagen abzuschaffen. Zwi-

schen fachlich begründeter Kritik an der Systematik des Emissionshandels und einem populistischen Komplettausstieg, wie ihn die AfD fordert, liegen Welten.

Meine Damen und Herren, im Antrag der AfD wird der Landkreis Kronach erwähnt, in dem die Müllgebühren um sage und schreibe 45 % gestiegen seien. Natürlich hat daran die CO₂-Bepreisung einen Anteil. Das verschweigt niemand. Aber zu suggerieren, dass die Müllgebühren allein wegen der CO₂-Abgabe um 45 % gestiegen seien, ist schlicht falsch. Wir wissen doch alle, dass die Gebührenentwicklung von zahlreichen Faktoren abhängt: gestiegene Betriebskosten, erhöhte Anforderungen an Sortierung und Recycling, Investitionen in moderne Anlagentechnik und allgemeine Kostensteigerungen bei Energie und Personal. Die AfD tut so, als gäbe es nur den einen Grund. Das ist leicht zu durchschauender Populismus, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Politik braucht aber Ehrlichkeit, und die finden wir in diesem Antrag nicht.

Kommen wir zu einem weiteren argumentativen Kunstgriff der AfD. Sie behauptet, die CO₂-Abgabe belaste insbesondere einkommensschwächere Haushalte. Das klingt bemüht sozial, ist aber wie so oft vorgeschoben; denn in der Realität macht die CO₂-Abgabe auf Müllverbrennung in den meisten Kommunen unter 1 % der Müllgebühren aus. Wer daraus eine massive Zusatzbelastung konstruiert, sucht nicht nach Lösungen, sondern ausschließlich nach Schlagzeilen. Gleichzeitig verschweigt die AfD, dass es längst zahlreiche zielgerichtete Entlastungsinstrumente und Maßnahmen gibt, die genau diejenigen unterstützen, die das wirklich brauchen.

Eine pauschale Abschaffung der CO₂-Abgabe mit der berühmten Gießkanne würde alle entlasten, auch große Emittenten und Verursacher. Das ist nicht sozial und auch nicht gerecht, dass ist schlicht planlos.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres Problem: Die CO₂-Bepreisung ist Teil eines bundesweit abgestimmten Systems des Brennstoffemissionshandelsgesetzes. Wer hier leichtfertig einzelne Elemente herausbricht, schafft Verunsicherung bei Kommunen, Unternehmen und Entsorgungswirtschaft. Diese brauchen aber Planungssicherheit, damit sie in moderne Sortiertechnik, effiziente Recycling-Anlagen und klimafreundliche Verfahren investieren können. Genau hier zeigt sich die Kurzsichtigkeit des AfD-Antrags: keine Alternative, keine Idee, kein Konzept.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Er gibt keine Antwort darauf, wie Emissionen reduziert werden sollen, wenn das wichtigste Steuerungsinstrument gestrichen wird, keine Antwort darauf, wie Müllgebühren langfristig stabil bleiben sollen, wenn Klimafolgekosten steigen, und keine Antwort darauf, wie wir unsere Kreislaufwirtschaft modernisieren.

Meine Damen und Herren, die CSU steht für verantwortungsvollen Klimaschutz mit Augenmaß, für Innovationen statt Ideologie, für Effizienz statt Empörung, für gezielte Entlastung statt pauschaler Rückschritte. Klimaschutz ist für uns keine Strafe und kein Selbstzweck; er ist eine Investition in die Zukunft Bayerns, in unsere Wirtschaft, unsere Umwelt und in unsere kommenden Generationen.

Der vorliegende Antrag ist dagegen ein Musterbeispiel für Symbolpolitik. Er geht in seiner Intention ins Leere. Er ist fachlich falsch, ökologisch schädlich und politisch nicht verantwortbar. Ich möchte Sie bitten: Lehnen wir diesen Antrag geschlossen ab, und setzen wir weiterhin auf eine Klimapolitik, die wirkt – wirtschaftlich, sozial ausgewogen und technologisch zukunftsorientiert. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannew (AfD): Herr Dietz, Ihre Rede war jetzt der Beweis dafür, wie tief sich doch die grüne Ideologie in die Hirne der CSU-Faktion regelrecht hineingefressen hat. Aber nun mal zur Ehrlichkeit: Sie haben gesagt, die CO₂-Bepreisung ist ein marktwirtschaftliches Element. – Nur sind Europa und Deutschland im Speziellen natürlich die Geisterfahrer. Global gibt es das ja nicht. Das heißt, wir haben sehr große Nachteile. Ich habe es vorhin ausgeführt: Das Arbeitslosengeld, das Sie wegen der verlorenen Jobs in Zukunft bezahlen müssen, wird bei Weitem die Einnahmen übersteigen. Darüber sollten Sie mal wirklich nachdenken.

Aber jetzt meine Frage: Sie haben versprochen, die Einnahmen als Klimageld auszugeben, zurückzugeben an die Bürger – und das tun Sie nicht. Sie haben sie belogen. Warum haben Sie das gemacht? Das wäre meine Frage.

Leo Dietz (CSU): Ich weiß nicht, wo ich gelogen habe. Die Frage, die Sie mir hätten stellen müssen, wäre, für welche Maßnahmen wir das ausgeben. Da gibt es sehr viele Maßnahmen, wofür wir das Geld wirklich ausgeben. Wir schaffen Entlastungsinstrumente, wir investieren in die Zukunft, in neue Heizanlagen, mit Fördergeldern, auch beim Wohngeld gibt es Zuschüsse zur Miete und zu den Wohnkosten, denn das Wohngeld ist ein laufender, bedarfsabhängiger Zuschuss im Rahmen der Reform. Wenn einkommensschwache Mieter nicht weiterkommen, dann wird auch hier geholfen. Das sind einfach Gelder, die auch durch die CO₂-Abgabe generiert werden und dementsprechend ausgeschüttet werden.

Jemand, der Emissionen verursacht – – Ich bin selber ein Verursacher, weil ich nämlich unglaublich gerne einen Verbrenner fahre. Ich bin auch bereit, für das zu bezahlen, was ich möglicherweise mehr an Emissionen ausstoße, damit andere, die das sparen, gefördert werden können, zum Beispiel auch die Elektromobilität; auch diese wird gefördert. Warum? – Weil ein Veränderungsprozess Geld kostet. Ich habe von vornherein gesagt: Wir wissen, dass dieser Prozess Geld kostet, das verschweigen wir nicht. Das ist aber die Politik, die wir für die Zukunft machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dietz. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Der Antrag der AfD zeigt einmal wieder, wie begrenzt der Horizont ist. Für alles ist jetzt die CO₂-Bepreisung verantwortlich. Der Kollege Dietz hat es ausführlich gesagt: Wir haben in Bayern eine sehr große Variabilität. Zum Beispiel kostet im Landkreis Traunstein die 80-Liter-Tonne-Restmüllentsorgung plus Biotonne 90 Euro. Im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen kostet das ungefähr das Dreifache, 280 Euro die Tonne. Wenn man sich jetzt die Ideologie der AfD zu eigen macht und sagt, dass das alles am CO₂-Preis liegt, müsste man einen CO₂-Preis von 200 Euro haben, der im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen gilt und im Landkreis Traunstein nicht. – Das Ganze ist also totaler Blödsinn. Von daher werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Marina Jakob für die FREIEN WÄHLER.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über den Antrag der AfD, der fordert, die CO₂-Abgabe auf die Müllverbrennung ersatzlos abzuschaffen. Ich sage es gleich zu Beginn: Dieser Antrag ist überflüssig, er ist inhaltlich falsch begründet und lenkt von realen Herausforderungen der Abfall- und Klimapolitik ab.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Sehr gut! Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zunächst sage ich eines ganz klar: Bayern hat sich bereits mehrfach eindeutig und umfassend zu dieser Frage positioniert. Im Bundesratsverfahren zum Brennstoffemis-

sionshandelsgesetz hat Bayern eine Einbeziehung der Siedlungsabfallverbrennung klar abgelehnt. Auch im Verfahren zum Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz wurde dieselbe ablehnende Haltung vertreten. Das heißt, unsere Position ist im Bund längst bekannt. Es braucht keine neuen Initiativen, weil es keinen neuen Sachverhalt gibt, der eine erneute Positionierung erforderlich machen würde. Der AfD-Antrag läuft also ins Leere. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion. Bitte sehr.

Gerd Mannes (AfD): Danke, Frau Jakob, für die Ausführungen. Wir sind ja einer Meinung. Sie, also die CSU und die FREIEN WÄHLER, wollen diese Abgabe für die Müllverbrennung nicht. Die AfD will sie auch nicht. Jetzt haben Sie aber gesagt, es gäbe keinen neuen Sachverhalt. Da muss ich Sie korrigieren, denn gibt es nämlich schon, weil Ihre Koalitionspartner von der CSU von der Opposition in die Regierung gekommen sind. Da könnte man das aber schon noch mal probieren, dass sie in der Regierung versuchen, das doch noch umzudrehen. Sie liegen hier also völlig falsch, und jetzt frage ich Sie: Wäre es nicht sinnvoll, wenn Sie Ihre Koalitionskollegen von der CSU fragen würden, ob sie im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung doch noch mal versuchen, was sie ja selber wollen, dass die Müllverbrennungsgebühren wegkommen?

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Liebe CSU, ihr habt es gehört: Könnt ihr das bitte einmal im Bund ansprechen? – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die SPD hat Frau Kollegin Anna Rasehorn das Wort.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Schön, dass alle außer der AfD erkannt haben, dass sich die Welt weiterdreht, dass wir nicht mehr einfach alles verbrennen, was wir so finden, und dass wir einen ökologischen Fußabdruck haben.

Ich wünsche einen wunderschönen Feierabend.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rasehorn. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22:58 Uhr)